

Feministische Außenpolitik

Ein Weg zu einer gerechteren und friedlicheren Welt

„Feministische Außenpolitik ist keine Außenpolitik für Frauen, sondern für alle Mitglieder einer Gesellschaft. Sie schließt ein und nicht aus.“

Feministische Außenpolitik gestalten. Leitlinien des Auswärtigen Amtes, Deutschland)

„Niemand ist wirklich befreit, wenn nicht alle an dieser Freiheit teilhaben.“

(Toni Haastrup, Chair für Global Politics an der Universität Manchester)

In einer Zeit voller Unsicherheit und multipler Krisen gewinnt die Notwendigkeit innovativer Antworten auf die aktuellen Herausforderungen zunehmend an Bedeutung. Gerade auch, weil die globale Weltunordnung zeigt, dass die bisherigen Instrumente und Maßnahmen von Staaten und multilateralen Organisationen nicht mehr adäquat sind. Feministische Außenpolitik ist eine neue Herangehensweise. Sie ist eine Friedenspolitik, die die Gleichstellung der Geschlechter und marginalisierter Gruppen in den Mittelpunkt stellt. Ihr Ziel ist es, patriarchale Strukturen abzubauen und die Sicherheit und Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt politischer Entscheidungen zu rücken – im Gegensatz zu traditioneller Außenpolitik,

i ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

- Der Erfolg von Friedensabkommen steigt um 35%, wenn Frauen* daran beteiligt sind.
- 2022 wurden 89.000 Frauen* und Mädchen* weltweit vorsätzlich getötet.
- Je gleichberechtigter Frauen* in einem Staat sind, desto niedriger ist die Gewaltbereitschaft des Staates.

die die Sicherheit von Staaten und ihrer Grenzen im Fokus hat.

Schweden war 2014 das erste Land, das verkündete, seine Außenpolitik in Zukunft feministisch gestalten zu wollen. Auch wenn die aktuelle konservative Regierung Schwedens ihre Außenpolitik nicht mehr explizit als solche bezeichnet, sind dem schwedischen Beispiel zahlreiche Staaten gefolgt: Kanada (2017), Frankreich (2019), Mexiko (2020), 2021 schlossen sich Libyen, Spanien, Luxemburg und Deutschland an, 2022 kündigten Chile, Kolumbien, die Niederlande und Belgien eine feministische Außenpolitik an. Auch das EU-Parlament sprach sich mehrheitlich für eine feministische Außenpolitik aus.

Feministische Außenpolitik für Österreich – Warum?

● Frieden und Gleichberechtigung

Eine gerechtere und friedlichere Welt trägt zur globalen Stabilität bei, was gerade für ein kleines Land wie Österreich, das keinem Militärbündnis angehört, von Bedeutung ist.

● Vorreiterrolle Österreichs in der Frauen, Frieden, Sicherheit-Agenda

Österreich war Vorreiterin in der Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325. Feministische Außenpolitik ist die Weiterentwicklung dieser Agenda, und Österreich sollte wieder zu seiner führenden Rolle zurückkehren.

● Neutralität

Feministische Außenpolitik ist eine Friedenspolitik, die auf intersektionalen Dialog setzt, der auf allen gesellschaftlichen Ebenen stattfinden soll. Als neutraler Staat und Sitz zahlreicher internationaler Organisationen könnte Österreich an seine friedenspolitische Vermittlerrolle der Vergangenheit anknüpfen.

● Kampf dem Backlash

Die EU ist stolz auf ihre führende Rolle in Sachen Gleichberechtigung. Zahlreiche Mitgliedsstaaten verfolgen bereits eine feministische Außenpolitik. Österreich würde diese Allianz im Kampf gegen den zunehmenden globalen Backlash stärken.

● Kohärenz in der Gleichberechtigungspolitik

Eine feministische Außenpolitik würde den Anstrengungen für Gleichberechtigung auf unterschiedlichen Ebenen einen Rahmen geben.

Was ist feministische Außenpolitik?

So wie es keine einheitliche Definition von Feminismus gibt, gibt es auch keine allgemeine Definition von feministischer Außenpolitik (FAP). Grundsätzlich handelt es sich um eine Friedenspolitik, die auf Menschenrechten basiert. Feministische Außenpolitik stellt Geschlechtergerechtigkeit ins Zentrum ihres Handels und richtet ihren Fokus auf Frauen* und marginalisierte Gruppen. Dabei verfolgt sie einen intersektionalen Ansatz und bezieht sich auf einen erweiterten Sicherheitsbegriff, der die menschliche Sicherheit ins Zentrum stellt.

Darüber hinaus ist feministische Außenpolitik machtkritisch. Neben der Anerkennung bestehender Machtungleichheiten zwischen den Geschlechtern strebt sie an, militarisierte und neokoloniale Gewaltstrukturen abzubauen. Die Frage, auf welche kolonialen Machthierarchien internationale Beziehungen und Institutionen aufbauen, wer für wen Außenpolitik gestaltet, welche Stimmen und Interessen Gehör finden, ist dabei zentral.

Grundsätzlich verfolgt eine feministische Außenpolitik also nicht nur eine Gleichstellung der Geschlechter, sondern fordert eine Transformation internationaler Machtverhältnisse als Voraussetzung für Frieden. Dabei ist mit Frieden nicht nur die Abwesenheit von physischer Gewalt gemeint, sondern die Überwindung struktureller Gewalt. Feministische Außenpolitik will präventiv gegen globale Krisen wirken. Sie übernimmt Verantwortung und Rechenschaftspflichten gegenüber den Betroffenen ihrer Politik und stellt die dafür erforderlichen Ressourcen bereit.

Feministische Sicherheitspolitik

94% der Opfer von sexualisierter Gewalt im Krieg waren 2022 weiblich. Der feministische Sicherheitsbegriff definiert den Menschen - im Unterschied zur Nation bzw. dessen territoriale Integrität - als zentralen Knotenpunkt von Sicherheit (human security). Frieden ist demnach nicht nur die Abwesenheit von Gewalt, sondern ein stetig andauernder, aktiver Prozess zum Abbau struktureller Ungleichheiten und unterdrückerischer Machtverhältnisse wie Rassismus, Geschlechterungleichheit und Armut. Dieses erweiterte Sicherheits- und Friedensverständnis findet sich so auch in der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ des Sicherheitsrats der UN wieder. FAP fordert daher ein Ende der Militarisierung, der Aufrüstung, der internationalen Waffenexporte und der nuklearen Abschreckung. FAP fordert ein aktives und engagiertes Investment in einen Frieden, der allen Menschen eine gerechte, sichere Lebensgrundlage ermöglicht.

3 Rs als Grundprinzipien

- **Rechte:** Einsatz für die Rechte von Frauen*, Mädchen* und marginalisierten Gruppen weltweit
- **Repräsentation:** Förderung der Einbindung von Frauen* und marginalisierten Gruppen in alle Gesellschafts- und Politikbereiche
- **Ressourcen:** Förderung eines gleichberechtigten Zugangs zu Ressourcen für Frauen* und marginalisierte Gruppen, sowohl finanzielle, personelle und natürliche Ressourcen bis hin zu immateriellen Ressourcen wie Bildung und Netzwerke

Worauf kann Österreich aufbauen?

- Österreich hat sich verpflichtet, wesentliche Dokumente zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit umzusetzen, wie z.B. UN-SRR 1325, CEDAW, Gender GAP III der EU, Istanbul-Konvention etc.
- In der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit wird bereits jetzt eine Quote von 85% von Projekten mit Gender Marker 1 und 2 verlangt.
- Als neutraler Staat kann Österreich leichter als Verhandlerin auftreten.
- Mehr als 36% der österreichischen Botschaften werden bereits von Frauen* geleitet.
- Österreich hat eine reichhaltige feministische Zivilgesellschaft, die in den Prozess zur Etablierung einer feministischen Außenpolitik miteinbezogen werden kann und sollte.

➡ Beispiel: Schweden

Schweden führte 2014 die 3 Rs als Grundprinzipien ein. Dabei wurde betont, dass die schwedische FAP nicht nur ein idealistisches, normatives Vorhaben ist, sondern dessen Wirkung sich auf Empirie und wissenschaftliche Fakten – dem vierten R für Realität – stützt. Diese Grundprinzipien, festgehalten im schwedischen Handbuch zu feministischer Außenpolitik, wurden in allen Bereichen der Außenpolitik eingeführt: Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe sowie Handelspolitik. Es ist wichtig anzumerken, dass die damalige schwedische Regierung sich grundsätzlich als „feministisch“ bezeichnete und die FAP daher Teil einer größeren feministischen Struktur war. 2023 wurde die erste Evaluierung einer FAP-Strategie mit dem Titel „More Than a Label, Less Than a Revolution“ veröffentlicht.

<https://tinyurl.com/3c29dvwe>

Feministische Entwicklungszusammenarbeit

Feministische Entwicklungszusammenarbeit (EZA) geht davon aus, dass Armut und Hunger Symptome von sozialer Ungleichheit, Geschlechterungerechtigkeit, struktureller Diskriminierung und globaler Ungleichverteilung sind. Als grundlegende Ursache dieser Ungleichheit versteht die feministische EZA (post-)koloniale Strukturen. Sie bekämpft daher nicht Armut und Hunger, sondern setzt bei den Ursachen dafür an. Ziel ist somit die Erreichung von intersektionaler Gleichberechtigung und sozialer Gerechtigkeit. Dazu braucht es gendertransformative, menschenrechtsbasierte Ansätze sowie die enge Zusammenarbeit mit der feministischen Zivilgesellschaft und Interessensvertretungen von marginalisierten Gruppen, um neokoloniale Projektionen, Rassismus und weiße Dominanz in der EZA zu vermeiden.

Feministische Klimapolitik

Die Klimakrise ist ein feministisches Thema, da Frauen* und Mädchen* ein 14-mal höheres Risiko, haben in Naturkatastrophen zu sterben und weltweit stärker von der Landwirtschaft abhängig sind als Männer* und Jungen*. FAP betrachtet die Klimakrise daher als einen treibenden Faktor sozialer Ungerechtigkeit und Machtungleichheit. Eine intersektionale Perspektive ist erforderlich, um die genderspezifischen Auswirkungen zu erfassen. FAP fordert ganzheitliche Maßnahmen gegen Klimaungerechtigkeit, die post- und neokoloniale Machtstrukturen sowie Geschlechterungleichheit mitdenken, um strukturellen Wandel auf nationaler und internationaler Ebene zu erreichen.

Feministische Migrations- und Asylpolitik

Erzwungene Migration ist aus feministischer Sicht auf Ursachen wie globale Ungleichheiten, Konflikte, die Klimakrise oder Geschlechterungerechtigkeiten zurückzuführen. Eine feministische Migrations- und Asylpolitik fordert daher strukturelle Veränderungen, um diese Ursachen zu bekämpfen. Nationale Grenzen basieren auf unterdrückenden Systemen wie dem Patriarchat, dem Kapitalismus und dem Kolonialismus. Das führt zu einer Hierarchie, die Personen in „legale“ oder „illegale“ Kategorien einteilt und ihre Bewegungsfreiheit kontrolliert. Der Durchsetzung nationaler Grenzen durch Grenzkontrollen, Festnahmen und Abschiebungen ist daher Gewalt inhärent, die insbesondere Frauen*, Kinder und LGBTQIA*-Personen gefährdet. Feministische Migrationspolitik erfordert daher eine enge Zusammenarbeit mit Betroffenen und fordert gendersensible Unterstützung und Schutzräume entlang des gesamten Migrationswegs.

➡ Beispiel: Mexiko

Mexiko ist das erste Land des globalen Südens, das eine Agenda für feministische Außenpolitik (2022-2024) eingeführt hat. Ein zentrales Element der mexikanischen Agenda ist die intersektionale, feministische Analyse, wodurch auch Rechte, Perspektiven und Bedürfnisse der LGBTQIA*-Community und die von Menschen mit Behinderung zum Tragen kommen. Dieser Ansatz wird auch auf die Analyse und Umstrukturierung von internen Strukturen des Auswärtigen Dienstes angewendet. Zudem setzt Mexiko einen Fokus auf die Verbindung zwischen Geschlechterdiskriminierung und Klimagerechtigkeit. Die ehrgeizige Zielsetzung dieser Agenda steht jedoch im starken Widerspruch zur konservativen Präsidentschaft Mexikos und der gelebten Realität von Frauen* in Mexiko.

<https://tinyurl.com/49jctvjy>

“A feminist approach is not only about a perspective. It is a way of analysing and developing policy and operational responses to the challenges we face today.”

Ann Linde, ehem. schwedische Außenministerin

➡ Beispiel: Spanien

Spanien machte 2021 Geschlechtergerechtigkeit zu einem außenpolitischen Instrument, das in verschiedensten Schwerpunktbereichen wie Handel, Verteidigung, Klimaschutz, bilateralen und multilateralen Beziehungen seine Wirkung entfalten soll. Dazu veröffentlichte es Richtlinien zur spanischen FAP und ergänzte sie 2023 durch den Aktionsplan für eine FAP (2023-2024). Die fünf Leitprinzipien, basierend auf strukturellen Reformen, starker Führung und Koordination, Partizipation und Intersektionalität, bieten einen kohärenten Plan für die Ausrichtung der spanischen außenpolitischen Aktivitäten auf feministische Ziele. Dabei ist die FAP im Einklang mit den innenpolitischen Bestrebungen, in Form von verschiedensten (juristischen) Maßnahmen Gewalt gegen Frauen* zu bekämpfen und Gleichstellung zu fördern. Spanien hat dadurch eine absolute Vorreiterrolle in der EU.

<https://tinyurl.com/4dmymyen>

Internationale feministische Wirtschafts- und Handelspolitik

Die internationale Wirtschafts- und Handelspolitik ist nicht genderneutral. Im Gegensatz zum Liberalismus erkennt der Feminismus die Wechselwirkung zwischen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Machtstrukturen an. Faktoren wie soziale Herkunft, Geschlechternormen und ungleiche Machtverhältnisse beeinflussen grundlegend die Teilhabe am globalen und nationalen Wirtschaftssystem und verstärken die ungleiche Verteilung von Ressourcen. Besonders in globalen Lieferketten arbeiten Frauen* unter schlechten Bedingungen und werden gering entlohnt, wobei besonders Schwarze, indigene Frauen und Women of Color von wirtschaftlicher Ausbeutung betroffen sind. Dazu kommt, dass unbezahlte Care-Arbeit hauptsächlich von Frauen* geleistet wird und nicht im Bruttoinlandsprodukt berücksichtigt ist. Eine zentrale Forderung der internationalen feministischen Wirtschafts- und Handelspolitik ist daher die Abkehr vom Wirtschaftswachstum als zentralem Indikator zugunsten wirtschaftlicher Gerechtigkeit.

➡ Beispiel: Deutschland

2023 wurden die Leitlinien der deutschen FAP veröffentlicht. Die 10 Punkte der Strategie zur Bekämpfung von Geschlechterungerechtigkeit und Diskriminierung von Randgruppen orientieren sich an den 3 Rs und ergänzen sie durch einen „feministischen Reflex“ der eigenen Arbeitsweise. Die Grundprinzipien inkludieren außerdem den Anspruch, Abrüstung und Rüstungskontrolle voranzutreiben und reflektieren durch eine intersektionale Perspektive postkoloniale Realitäten sowie die Marginalisierungen von LGBTQIA*-Personen. Insbesondere der Einbezug von Abrüstung und Kontrolle des Rüstungsexports unterscheidet die deutsche Strategie von den anderen bereits existierenden FAP-Agenden. Dass die deutschen Rüstungsexporte trotzdem jährlich steigen, zeigt, dass diese Forderungen keine Relevanz in der Innenpolitik zu haben scheinen.

<https://tinyurl.com/muhdah9e>

<https://tinyurl.com/4c83srju>

Was braucht es auf dem Weg zu einer feministischen Außenpolitik?

- Ein klares Commitment der politischen Akteur*innen für eine feministische Außenpolitik.
- Start eines Prozesses zur Ausgestaltung eines Konzepts für feministische Außenpolitik für Österreich mit Einbindung der feministischen Zivilgesellschaft und der Interessenvertretungen marginalisierter Gruppen.
- Ausreichend finanzielle und personelle Ressourcen für diesen Prozess.
- Erfahrungsaustausch mit unterschiedlichen Akteur*innen, die eine feministische Außenpolitik bereits etabliert haben und umsetzen.
- Eine feministische Politik kann nach außen nur das fordern, was sie nach innen umgesetzt hat, daher braucht es eine feministische Kohärenz zwischen Innen- und Außenpolitik.

Quellen und Links:

https://www.vidc.org/fileadmin/magda/fem._ausssenpolitik/quellen_und_weiterfuehrende_links_zum_policy_brief_feministische_aussenpolitik.pdf

Autorinnen: Magda Seewald, Mara Elena Zöllner

Informationen und Kontakt:

Magda Seewald
VIDC- Global Dialogue
seewald@vidc.org
+43-1-713 35 94 75

VIDC Global Dialogue

Impressum:

VIDC- Wiener Institut für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit
Möllwaldplatz 5/9, 1040 Wien
www.vidc.org

Gefördert durch die

Österreichische
Entwicklungs-
zusammenarbeit